



Brandenburgische Technische Universität Cottbus

05/2007

**Mitteilungen
Amtsblatt der BTU Cottbus**

20.03.2007

I n h a l t

Erste Satzung zur Änderung der Prüfungs- und Studienordnung für den weiterbildenden Master-Studiengang Wirtschaftsrecht für Technologieunternehmen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus vom 15. Februar 2007	Seite 2
--	------------

Erste Satzung zur Änderung der Prüfungs- und Studienordnung für den weiterbildenden Master-Studiengang Wirtschaftsrecht für Technologieunternehmen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus

vom 15. Februar 2007

Aufgrund des § 2 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit §§ 13 Abs. 2 Satz 1, 74 Abs. 1 Nr.1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg – Brandenburgisches Hochschulgesetz (BbgHG) vom 20. Mai 1999 (GVBl. I S.130) in der Fassung der Bekanntmachung v. 6. Juli 2004 (GVBl. I, S. 394) – gibt sich die Brandenburgische Technische Universität Cottbus (BTU) folgende Satzung:

Artikel 1

Die Prüfungs- und Studienordnung für den weiterbildenden Master-Studiengang Wirtschaftsrecht für Technologieunternehmen wird wie folgt geändert:

§ 32 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

In § 32 Abs. 3 Satz 1 werden hinter den Worten „juristisches Staatsexamen“ die Worte „oder einen vergleichbaren rechtswissenschaftlichen Abschluss“ eingefügt.

§ 32 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Hatte das rechtswissenschaftliche Studium deutsches Recht zum Schwerpunkt, so entfällt die Eignungsfeststellungsprüfung.“

§ 33 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„¹Die Studienaufnahme ist zum Winter- und zum Sommersemester möglich. ²Der Studiengang wird nur angeboten, wenn eine Mindestzahl von Bewerbern im Semester erreicht wird. ³Der Studiengangsleiter setzt diese Zahl rechtzeitig fest, spätestens aber einen Monat vor Beginn des Semesters.“

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Genehmigt und ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Fakultätsrats der Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik vom 6. Dezember 2006, der Stellungnahme des Senats vom 1. Februar 2007, der Genehmigung durch den Präsidenten vom 15. Februar 2007 und der Anzeige an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg mit Schreiben vom 15. Februar 2007

Cottbus, den 15. Februar 2007

Der Präsident

In Vertretung

Wolfgang Schröder

Kanzler